Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Bezugspreise: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 1.40 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 1.10 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 3.60 Mk., monatlich 1.20 Mk. durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 4.02 Mk., monatlich 1.34 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprecher 53.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Anzeigenpreise: Die 8mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 35 Pfg., auswärtige Anzeigen 35 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 70 Pfg., sonst 80 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vormittags. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 83 — Donnerstag, den 10. April 1919 — 14. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Reichsminister Bauer ist gestern in **Essen** angekommen, um mit den zuständigen Stellen in **Verhandlungen** wegen des **Generalstreiks** einzutreten.

•

Der kommandierende General des 17. Armeekorps hat sich veranlaßt gesehen, um den **Nachschubverkehr zu den Grenzschutztruppen** durchzuführen, den **Danziger Bahnbetrieb militärisch zu besetzen.**

•

Eclair versichert, daß die **Leitung der alliierten Truppen in Mitteleuropa** dem französischen General **Humbert** übertragen wurde.

•

Die Verhandlungen der **deutschen Finanzdelegation** im Schloß **Villette** mit den Finanzdelegierten der alliierten und assoziierten Regierungen werden voraussichtlich **nicht vor Ende dieser Woche** wiederaufgenommen.

•

Gemäß der polnisch-französischen Militärkonvention ist **Frankreich verpflichtet**, in zwei Jahren die **polnische Armee nach französischem Muster auszubilden.** Zu diesem Zwecke werden alsbald **1200 französische Offiziere** mit der Instruktion beginnen.

Streik.

P. L. F. Oelsnitz-Lugau, Zwickau, Ruhrgebiet und viele andere Orte streiken. In früheren Zeiten, da hatte der Streik mancherlei Ursachen: entweder waren zu viel Waren produziert worden, sodaß die Ueberproduktion die Preise drückte und damit auch die Löhne — oder umgekehrt, die Arbeiter wollten ihrerseits teilhaben an der steigenden Konjunktur. Heute haben wir — obwohl wir die dringend benötigten Lebensmittel nur mit Waren bezahlen können, — einen solchen Warenmangel, daß die Lebensmittelschiffe, die wenigen, die gekommen sind, **mit Ballast** wieder haben wegfahren müssen, ja, daß wir nicht einmal ihre Bunker mit unseren Kohlen haben auffüllen können! Und das Steigen der Konjunktur, das selbstverständlich wäre beim herrschenden Riesenbedarf und bei der Geldflüssigkeit, wird von der Arbeiterschaft selbst verhindert, indem sie die wichtigsten Grundstoffe: Kohle und Eisen durch die fortdauernden Streiks unserer Industrie vorenthält. Und wofür wird gestreikt? Es soll die Verwirklichung des kommunistischen Zukunftsstaates über den Bolschewismus erzwungen werden. Wie der Bolschewismus aussieht, das wissen wir wohl nachgerade alle. Selbst die Russen vermögen die völlige Vernichtung des Wirtschaftslebens nicht mehr zu verheimlichen. Aber der Bolschewismus, so sagen sie, ist nur ein notwendiges Uebel, ein Uebergang in das Märchenland des Kommunismus. Im Kommunismus erwartet uns, wir wissen es ja aus berufenem Munde, Nationalisierung und Rationierung, die Entthronung des Geldes, und die Kontrolle jeder kleinsten Handlung — Arbeitszwang und Zwangsarbeit — und selbstverständlich auch Streikverbote. Ueber eines sind sich auch die Kommunisten, soweit sie der Wahrheit die Ehre geben und nicht nur den Massen Honig um den Mund schmieren, einig: das Existenzminimum wird ein sehr bescheidenes sein. Der Kommunismus ist kein Schlaraffenland!

Wie aber nimmt sich dagegen die wahrheitsgemäße Schilderung der Wirklichkeit aus? Einer Wirklichkeit, die kaum 4 Jahre zurückliegt, deren wir Aelteren uns genau und sehnsüchtig erinnern? Da konnte man um eine Mark, je nach der Jahreszeit, 12 bis 22 Eier bekommen — und um soviel Mark Eier kaufen wie man brauchte und wollte. Für eine Mark erhielt man 40 (!!) knusprige Kaiserbrötchen oder Mohnzöpfchen, beinahe 4 Pfund Würfelzucker, mehr als ein Pfund Fleisch. Im Sommer 3—4 Pfund Kirschen, 6 Pfund Johannisbeeren. Mehr als 4 Liter Milch, ein Drittel Zentner Kartoffeln — und Kohlrüben? Die Kohlrüben durfte das Vieh fressen! Schlaraffenland! Aber kein kommunistisches Schlaraffenland, sondern dieses Land, wo Milch und Honig floß, hatte ein tüchtiges Volk auf enger, herber Scholle sich durch zähen Fleiß, durch emsige Arbeit geschaffen. Haben wir den Weg in dieses Schlaraffenland vergessen? Den Schlüssel verloren? Arbeit, selbstlose, freudige, zähe Arbeit heißt er. Freilich, für die Mitläufer der Kommunisten ist das ein Märchen. Sie waren noch Kinder, als der Krieg uns aus diesem Lande, aus dieser Wirklichkeit vertrieb! Für uns alle aber ist es Tatsache, daß diese Zustände bestanden haben und wieder bestehen müssen! Und wir wollen arbeiten, arbeiten, arbeiten, um diese Wirklichkeit wieder Tatsache werden zu lassen.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 9. April.

Der Platz vor der Nationalversammlung ist heute wieder in weitem Umkreise von Schutzleuten abgesperrt. An der Einlaßpforte zur Tribüne harrt wieder ein Häuflein Neugieriger. Das gewohnte Bild. Das Haus selbst ist gut besetzt. Die Regierungsbänke, auf denen anfänglich nur Schiffer und Erzberger einsam thronen, füllen sich allmählich. Auch der Präsident des Reichsministeriums Scheidemann ist trotz einer Grippeerkrankung anwesend. Der heiße Atem der kritischen Woche ist in der Stimmung des Hauses wenig bemerkbar. Alle Leidenschaften scheinen zurückgedrängt. Die Mienen rechts und links wie in der Mitte beherrscht von ernster Sachlichkeit. Wenn je, so ist die Nationalversammlung heute frei von aller Rhetorik, freilich auch von allem Schwung und Pathos, der wortkargen Arbeit zugewandt. Alle sind sich des besonderen Ernstes der Stunde für Deutschlands Geschick bewußt, aber niemand spricht davon. Kein Blick verrät die innere Bewegung. Doch die Hoffnung auf eine glückliche Zukunft ist doch in aller Herzen, und auch der **Glaube**, daß trotz des Wetterleuchtens die Wolken weichen werden. Die rechte Stimmung für die Beratung des Etats, dessen Ziffern ins riesenhafte gewachsene Schulden und schier unerträglich drohende Lasten vorweisen.

Reichsminister Schiffer

hat heute das Wort. Aufmerksam lauscht das Haus seinen Worten und Zahlen, die die finanzielle Bilanz des verlorenen Krieges bedeuten. In ruhigem Berichtston fließt die Rede dahin. Aber es ist mehr als ein Satz darin, der dem Hörer den Atem stocken ließ. Keine Politik, die nicht auf metallischer Grundlage basiert; da aber diese Grundlage bei uns **sehr** wankend geworden ist, warnt Schiffer eindringlich vor **allen Experimenten** politischer, sozialer oder wirtschaftlicher Art. Diese Warnung scheint dringend nötig, wenn dieser Etat, wie Schiffer sagte, wirklich **der erste Schritt zum Friedensetat** sein soll. Der Reichsminister zog einen Vergleich mit dem Jahre 1913 und sprach den Satz aus, daß damals die Finanzen gesund gewesen seien. Auf der Rechten zeigte sich daraufhin große Bewegung. Aha-Rufe ertönten und der Ruf: Das ist endlich einmal eine Erklärung vom Regierungstische, — mit der man anscheinend zu parteitaktischen Zwecken krebsen gehen will. Die **Mahnung zur Sparsamkeit** war das A und O der Rede. Der Finanzminister warnte das Parlament eindringlich, die Regierung **zu Ausgaben zu drängen**, wozu seltsamerweise eine gewisse Neigung vorhanden wäre! Es müsse überhaupt erstrebt werden, den **Beamten die bisherige Arbeitslast zu vermindern** und die Bureaukratisierung zu vermeiden, wobei der Minister sich aber dagegen verwahrte, etwa gegen die Sozialisierung sprechen zu wollen. Dann wandte er sich den Steuern zu. Ein Steuerbukett zu präsentieren lehnte er ab. Er zieht es vor, die Steuern dem Hause einzeln vorzulegen. Vielleicht glaubt er, die ganze Wahrheit über seine Absichten nicht auf einmal ausbreiten zu sollen. Ob das Volk hergehohe Steuerlasten überhaupt werde tragen können, darüber sprach er sich vorsichtig aus: Wenn die Senkung der Preise nicht eintrete, dann werde auf die Dauer eine Finanzierung des Reiches unmöglich. Aber die Voraussetzung dafür ist schließlich nicht nur die Steuerreform, von deren geschickter Durchführung natürlich ungeheuer viel abhängt, sondern die Arbeitsleistung des Volkes, die Gütererzeugung. Damit ist der Minister aus dem Gebiet der Zahlen wieder bei den allgemeinen großen Fragen des Tages angelangt und schließt seine Rede mit der Bitte an die Parteien, auch an die Opposition, an dem großen Werk der Finanzgesundung durch kritische Mittel mitzuhelfen, worauf das Haus die Weiterberatung auf den heutigen Donnerstag vertagte.

Der zweite deutsche Rätekongreß.

Berlin, 9. April.

In der heutigen Sitzung des Rätekongresses teilte der Vorsitzende **Hauschild** vor Eintritt in die Tagesordnung mit: Mir ist soeben folgendes Telegramm zugegangen:

Die **Haftentlassung** des Schriftstellers Georg **Ledebour** kann nur durch das Gericht veranlaßt werden. Von einer Weitergabe des Antrags an das Gericht ist Abstand genommen, weil als Grund nur die vermeintliche Immunität Ledebours in Frage kommt. Nach Lage der Gesetzgebung kann das nicht anerkannt werden. Der Justizminister. (Lebhafte Zurufe.)

Der Unabhängige **Buck**-Magdeburg (Soldatenfraktion) stellt den Antrag, sofort in die Behandlung des gestern gestellten Antrags auf Freilassung des verhafteten Vorsitzenden des A.- und S.-Rates in Magdeburg, **Brandes**, und zweier Soldatenräte einzutreten. Der Kongreß beschließt demgemäß. Die Angelegenheit wird nach kurzer Aussprache einem Ausschuß übergeben, der das gesamte Material über Brandes zu Noske geben soll. Große Tumultszenen entstanden dann bei

der Besprechung der Lage im Ruhrgebiet.

Von der Unabhängigen Fraktion war folgender Antrag eingegangen:

Heute mittag 12 Uhr wird der **Generalstreik im Ruhrgebiet in sein entscheidendes Stadium** treten. Falls die Bergarbeiterforderungen nicht erfüllt werden, sollen auf Beschluß der Arbeiterschaft die zur Sicherung der Arbeiterschaft notwendigen Arbeiten eingestellt werden. Der Kongreß fordert von der Regierung eine sofortige Erklärung über diese äußerst gefährliche Lage.

Reichsminister **Schmidt**: Gestern abend ist der Arbeitsminister in das Ruhrgebiet abgefahren, um eine **Verständigung** herbeizuführen. Damit wäre der Antrag eigentlich erledigt. Ich von meinem Standpunkt aus als Ernährungsminister bedauere den ganzen Ausstand aufs höchste. Er bringt uns in Deutschland in eine außerordentlich gefährliche Lage und ist eine große Gefahr für die Lebensmittelversorgung. Ich erkenne nicht an, daß ihm wirtschaftliche Fragen zugrunde liegen: vielmehr handelt es sich dabei nur um politische. Vom Zentralrate erklärte **Cohen**-Reuß: Wenn wirklich die Notstandsarbeiten eingestellt werden und die Schächte zum Ersaufen gebracht werden, so haben wir die Pflicht, zu handeln, aber freilich in ganz anderer Weise als bisher hier besprochen worden ist. Gerade weil wir hier den Streik nicht untersuchen können, müssen wir

an die gesamte Bergarbeiterschaft appellieren,

Deutschland vor dem unermeßlichen Unglück zu bewahren, das uns droht. (Stürmische Unterbrechung.) Der Redner schlägt folgende Erklärung vor:

Der zweite Rätekongreß, der mit den unmittelbaren Vertretern des gesamten werktätigen deutschen Volkes beschickt ist, appelliert an die streikenden Ruhrbergleute, unter allen Umständen die sogenannten Notstandsarbeiten auszuführen, damit das deutsche Volk vor dem furchtbaren Unglück verschont wird, das mit dem Ersaufen von Schächten unbedingt eintreten muß. (Redner schließt unter stürmischen Beifalls- und Lärmkundgebungen.)

Von den Unabhängigen liegt folgender Zusatzantrag vor: Der Kongreß soll sofort die Reichsregierung ersuchen, die berechtigten Forderungen zu erfüllen. — Der Antrag Cohen wird einstimmig angenommen, der Zusatz der Unabhängigen abgelehnt und dafür folgender Zusatz der Mehrheitspartei einstimmig angenommen: Von der Regierung wird erwartet, daß die berechtigten Forderungen der Bergarbeiter erfüllt werden.

Der Bergarbeiterstreik im Erzgebirge.

Der Bergarbeiterstreik hat, wie wir in unserer letzten Ausgabe schon drahtlich meldeten, gestern, Mittwoch, auch auf den **Zwickauer Bezirk** übergegriffen. Abordnungen der Streikenden zogen von Werk zu Werk und forderten die Bergarbeiter auf, die Arbeit niederzulegen. Im **Lugau-Oelsnitzer Bezirk** ist der Streik vollständig. Dienstag vormittag 11 Uhr fand auf dem Rathausplatz in Oelsnitz eine große Kundgebung statt, bei welcher der sächsische Kommunistenführer **Rühle** das Wort ergriff. Die Streikenden beschlossen, Abordnungen nach Dresden und Weimar zu entsenden. Der Streik in der **Metall- und Hüttenindustrie** hält noch an. Die Sozialdemokratische Partei, das Gewerkschaftskartell und der Arbeiterrat weisen in einem Aufrufe darauf hin, daß jeder Streiktag die schnelle Heranführung von Lebensmitteln verzögere. Die Arbeiterschaft wird aufgefordert, ihre Lage durch völlig zwecklose Arbeitseinstellungen nicht selbst zu verschlechtern. Im Rathaussaal zu **Oelsnitz i. E.** versammelten sich am Mittwoch die Arbeiter-